

Macht und Geheimnis

„Es hat in der DDR mehrere Kommunikationskreisläufe gegeben, die nicht unabhängig voneinander funktionieren, sondern auf komplizierte Art aufeinander einwirkten und reagierten. Zunächst war da die sicherlich nicht hermetisch abgeschlossene, doch jedes gedruckte oder öffentlich gesprochene Wort reglementierende und kontrollierende verordnete Öffentlichkeit des Staates. Ihre Wächter ahndeten Abweichungen von der ideologischen oder begrifflichen Norm und verfügten über ein ausbalanciertes und hochperfektioniertes System von Vor- und Nachkontrollen, von Strafen und Strafandrohungen, die von geminderten Berufschancen bis zu Gefängnisaufenthalten reichten. Natürlich war die verordnete Öffentlichkeit nicht absolut, denn sie unterlag vielfachen Störungen und Außenbeeinflussungen. Außerdem duldeten die Machthaber Korrekturen und Realitiverungen ihrer informationellen Herrschaft, um absolute Kommunikationslosigkeit, die das System schnell in den Zusammenbruch getrieben hätte, zu verhindern. Die so entstandene Halböffentlichkeit erstreckte sich vor allem auf die Bereiche Kunst, Literatur und Theater, die es ermöglichten, Spielräume zu erweitern, Varianten zu erproben und Toleranzgrenzen vorsichtig zu verschieben. Die auf solcher Weise angestrebte Domestizierung kritischer Geister erwies sich freilich als nicht gefahrlos, da sie bisweilen in gezielte Versuche mündete, die Halböffentlichkeit zur Gegenöffentlichkeit zu entwickeln. Im Rückblick sind diese Ansätze allerdings gescheitert.“

Die verordnete Öffentlichkeit als Verlust der Freiheit

„Unterdrückung der Öffentlichkeit stellt eines der konstitutiven Kennzeichen der Diktatur dar. Dagegen bedeutet Information über die eigenen Angelegenheiten die erste und wichtigste Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Je freier und vielfältiger das Angebot, desto besser können die Mitglieder der Gemeinschaft an der Entscheidungsfindung teilhaben. Der Austausch von Meinungen und Informationen erfordert den öffentlichen Raum – das Forum, den Marktplatz, den Versammlungssaal, die modernen Medien. Die Symbole von Öffentlichkeit sind Licht, Klarheit und Transparent. Deshalb unterlag es auch nicht dem Zufall, dass die Reformbewegung in den sozialistischen Ländern seit 1985 den russischen Begriff „Glasnost“ zu ihrem Schlachtruf erkoren hatten. „Glasnost“ heißt auf deutsch Öffentlichkeit oder Publizität. Das Mysterium der politischen Macht verbirgt sich vor dem Auge des Betrachters.

Auch die realen Diktatoren entzogen sich dem Blickfeld der normalen Sterblichen. Sie hockten hinter den Kremldauern, in der Verotenen Stadt in Peking oder im Bonzenghetto von Wandlitz in der DDR und erregten die Phantasie ihrer Untertanen. Als sich im November 1989 das „Objekt Waldsiedlung“ erstmals einer Gruppe von DDR-Journalisten öffnete, ging ein gewissermaßen religiöser Schauer durchs Land. Ein Fernsehteam der Jugendsendung „elf 99“ durfte Aufnahmen vom Schwimmbad, der Verkaufsstelle und einem leerstehenden Wohnhaus machen. Mit vielsagendem Schweigen verharrte die Kamera vor dem Gemüsestand mit frischen Tomaten und richtiger Ananas. Vorher schon hatten die Reporter in dem ungewohnten Gebäude einen gigantischen Wasserhahn offensichtlich westlichen Ursprungs ins Bild gerückt. Die Erregung der DDR-Bevölkerung über diesen schwelgerischen Luxus war ehrlich und elementar. Sensationsgier und Voyeurismus verbanden sich mit kleinbürgerlichen Konsumneid, aber auch mit einem unterschwelligem Entzücken angesichts der Enthüllung des Mysteriums. Der natürliche Feind absoluter Kontrolle ist das helle Tageslicht der Aufklärung, der rationale Gedanke, das freie Wort. Nichts beargwöhnt deswegen die Diktatur schärfer als den öffentlichen Raum und das dort gesprochene Wort. Sowohl die altorientalische als auch die neuzeitliche Priesterherrschaft setzten die Beherrschung der Kommunikation voraus. Die DDR kann für sich in Anspruch nehmen, alle dafür notwendigen Maßnahmen mit äußerster Konsequenz durchgeführt zu haben. Wohl niemand und nirgendswo – wenigstens nicht in der neueren europäischen Geschichte – gab es eine derartig lückenlose und perfekte Überwachung des öffentlichen Raumes.“

Der Geheimhaltungsstaat

„Geheim“, „vertraulich“, „intern“, bedeuteten Schlüsselbegriffe der DDR-Gesellschaft. Die konspirativen Traditionen der Kommunistischen Partei mögen hier eine Rolle gespielt haben, vielleicht auch die Erinnerung an die frühen Jahre der DDR, als manche Funktionäre meinten, eines Tages vielleicht wieder in die Illegalität gehen zu müssen. Jedenfalls gebärdeten sich

die Apparate von Staat und Partei in ihrem eigenen Land wie eine Unterorganisation. Obwohl die SED Berge von Akten produzierte, gibt es von den Tagungen ihres oberen Gremiums, den Politbüro des ZK, keine aussagefähigen Dokumente. In ihrem Archiv finden sich lediglich Vorlagen und sogen. Beschlußprotokolle, die in wenigen dürren Worten die Anwesenheit sowie Tagungsordnungspunkte und Entscheidungen vermerken. Aus ihnen gehen weder der Prozess der Entscheidungsfindung noch das Abstimmungsverhalten hervor. Das ist kein Zufall. Der Widerwille, die eigenen Handlungen nachvollziehbar und transparent zu machen, war bei der SED-Führung so ausgeprägt wie in einem Gangstersyndikat, und der Umfang der schriftlichen Darlegung verhielt sich in der Regel umgekehrt proportional zum politischen Gewicht des Vorgangs. Noch weniger bestand die Bereitschaft, eine subjektiv geprägte Meinung zu Papier zu bringen. In den Akten massen treten die handelnden Personen kaum in Erscheinung. Die wenigen persönlichen Floskeln in den vielfältig überlieferten Schreiben zwischen den Politbüromitglieder waren so hölzern und trocken wie die vor laufenden Kameras verlesenen offiziellen Grußadressen: Eine Gratulation zu Geburtstag, die besten Wünsche zum neuen Jahr, höchstens ein Gruß an die Gemahlin. Die Anrede beim Vornamen und in der zweiten Person Singular entsprach dem eigentümlichen Brauchtum der Partei und schloß auch die Kraftfahrer und Küchenfrauen ein. Ansonsten tritt kein wirklich menschliches Wort zutage, kein Abweichen von den vorgegebenen Sprach- und Denkmustern, kein Ausdruck eines Gefühls, kein Scherz, nur bössartige Häme gegenüber „feindlichen Elementen“ oder dem „Gegner“. Bis an die oberste Spitze der Partei herrschte eine strenge „innere Konspiration“, Ergebnis der Furcht vor inneren und äußeren sowie, ganz besonders, vor eigenständigen Ideen und Positionen. Hier existierte keine größere Gedankenfreiheit als in der unterdrückten Gesellschaft.

Gestandene SED-Funktionäre waren Meister der Kunst, stundenlang ein vollkommen undurchschaubares Gesicht zu machen. Während endloser Referate zeigten sie keine Gefühlsregung, keinen Gedanken, nicht einmal Langeweile oder Müdigkeit. Die Geheimhaltung durchzog die gesamte Partei bis hinunter in die Grundorganisationen. „Parteiinterne Vorgänge“ gegenüber Nichtmitgliedern zu offenbaren, stellte eines der schwersten Vergehen dar, dessen man sich schuldig machen konnte. Sämtliches Schriftgut, einschließlich leerer Kopfbögen, galt als streng vertraulich. Versammlungen wurden in der Regel nicht öffentlich angekündigt, und die Zusammensetzung von Parteileitungen erfuhr der Kollege nur unter der Hand, obwohl sie doch auch über sein Wohl und Wehe entschieden. Intern grenzte die SED die Informationsstränge streng gegeneinander ab. Wenn eine Parteiversammlung einen Spezialisten oder Angehörigen eines übergeordneten Gremiums eingeladen hatte, um über „interne Vorgänge“ zu informieren, fiel irgendwann die obligate Bemerkung: „Genossen, das können wir hier unter uns ganz offen aussprechen“. Dann kamen ein paar Angaben oder Tatsachen zum Vorschein, die „nicht in der Zeitung standen“. Obwohl es sich dabei in der Regel um Dinge handelte, die ohnehin die Spatzen von den Dächern pfeifen, schwiegen die Anwesenden voller Ehrfurcht über soviel Wissen und Vertrauen. Den Höhepunkt bildete schließlich der Moment, wenn der Referat sagte: „Genossen, ich bitte euch, das nicht mitzuschreiben“. Irene Böhme berichtete in ihren DDR-Alltagserfahrungen das „eine alte Genossin einmal daraufhin ihr Schreibblatt zerriß und es vor aller Augen im Aschenbecher verbrannte. Der Atem der Illegalität, der Revolution zieht durch das verräucherte Sitzungszimmer an einem ganz gewöhnlichen Montagabend. Niemand will sich eingestehen, dass die genannten Fakten und Zahlen, Probleme und Schwierigkeiten jederman geläufig sind. Es ist reizvoll, sie von einem Offiziellen so offiziell „frei und offen“ ausgesprochen zu hören.

Nicht nur Konsumgüter bedurften in der DDR der Zuteilung. Auch die Versorgung mit Herrschaftswissen regelten die Verwalter der Informationen streng hierarchisch. An der Spitze der Empfänger stand das Politbüro, doch selbst in diesem kleinen Kreis wurden bereits deutlich erkennbare Unterschiede gemacht. Die Bekanntmachungen der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) des Ministeriums für Staatsicherheit trugen im Kopf grundsätzlich einen Verteilerschlüssel, der ihre Weitergabe ihrer Bedeutung und der Zuständigkeit des Politbüromitglieds entsprechend genau regelte. Auch über die Rückgabe der Berichte führte das MfS eine Kartei, und selbst Erich Honecker mußte sich an das vereinbarte Verfahren halten. Obwohl der sachliche Gehalt dieser Lagebeurteilungen oft nicht über die Analysen gut unterrichteter westlicher Journalisten hinausging, kann doch kein Zweifel daran bestehen, dass die Parteiführung über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Zwischenfälle an der Grenze, die Zahl der Ausreisearträge und die Aktionen der Oppositionen sehr gut Bescheid wußte. Den Funktionärsträgern der mittleren Ebenen, also den Bezirks- und Kreisleitungen, stand ebenso gefiltertes Material zur Verfügung. Die regelmäßig erscheinenden „Parteiinformationen“ enthielten die nicht für die Öffentlichkeit bestimmten erwünschten Sprachregelungen und Argumentationsmuster sowie über die Berichterstattung der eigenen Medien hinausgehende Hintergrundanalysen zu Vorgängen sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik. Oft dienten sie als Vorlagen für mündliche Informationen an die einfachen Funktionäre, die auf sogen. Anleitungen normalerweise monatlich erteilt wurden. Sie sind aus historischer Perspektive keine uninteressante Lektüre. Eine, natürlich ihrerseits wiederum streng vertrauliche – Liste von Beziehern westlicher Fachzeitschriften, die sich aus dem „Literaturbestelldienst für leitende Mitarbeiter“ speiste, umfasste im Jahr 1982 insgesamt 98 Namen. Dazu gehörten Institutsdirektoren, Akademieangehörige und andere bedeutende Gelehrte, allesamt auch treue Mitglieder der Partei.

Besonders ernst nahm man die Geheimhaltungspflicht bei „Kaderangelegenheiten“ aller Art. Es gab in der DDR kein „Who is who“ oder irgendein anderes Nachschlagewerk über wichtige Persönlichkeiten. An den Universitäten existierten keine Vorlesungsverzeichnisse und Adresslisten. Selbst innerbetriebliche Telefonverzeichnisse vollkommen harmloser Einrichtungen trugen den Stempel „nur für den Dienstgebrauch“.

Sie durften nicht nach draußen mitgenommen oder gar weitergeben werden. Im Zeichen der Entspannungspolitik verschärfte die SED-Führung seit Beginn der siebziger Jahre die einschlägigen Bestimmungen über Staatsgeheimnisse weiter. Sie hegte die Sorge, das „Friedensgesäusel“ des Gegners könne die „revolutionäre Wachsamkeit“ einschläfern, und erließ ein ganzes Paket von Anordnungen, die sich vor allem auf den sich rasch erweiternden Kreis von „Geheimnisträgern“ bezogen. Dies lief im Prinzip auf eine komplette Kontaktsperre zur Bundesrepublik hinaus, denn die ihnen unterliegenden Personen durften weder Post und Besuch aus dem Westen empfangen noch Reisen in dringenden Familienangelegenheiten beantragen. Ein MfS –Bericht aus dem Jahr 1986 dokumentiert die Hilflosigkeit der Staatsorgane gegenüber der Anziehungskraft des Kapitalismus. „Das NSW-Kontaktgeschehen“ wobei die Abkürzung für nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet stand, erweist sich als eine ständig wirkende latente Gefährdung der Mitarbeiter, insbesondere der Geheimnisträger. Bedeutsam sind dabei die durch Familienangehörige der Geheimnisträger verursachten Westkontakte und Probleme (Ehefrauen, Eltern und Kinder erkennen die Notwendigkeit der Abgrenzung nicht an), die eine steigende Tendenz aufweisen. Daraus entwickeln sich liberale Auffassungen zur Genehmigungs- und Meldepflicht, Unehrllichkeit sowie ernsthafte Verstöße gegen die Bestimmungen des Geheimnisschutzes und werden schließlich zu Angriffsflächen für gegnerische Aktivitäten. Vollkommen realistisch hieß es dann weiter: „Die Erkenntnisse aus der Arbeit mit IM /GMS, aus Informationen anderer Dienstseinheiten (III, VI,M) und aus der Recherchetätigkeit lassen die Schlussfolgerung zu, dass mit einer erheblichen Dunkelziffer bei NSW-Kontakten gerechnet werden muß.

Selbst das Ausscheiden aus dem Betrieb oder die Berentung führten nicht automatisch zur Entlassung aus dem Geheimnisträger-Status, dessen Kreis sich bis in die achtziger Jahre hinein ausdehnte und schließlich ungefähr 180 000 Personen umfaßte. Die Ursache dafür lag neben dem allgemeinen Drang nach Disziplinierung in einer ständigen Ausweitung der als geheimhaltungspflichtig rubrizierten Schriftstücke. Ihre Aufbewahrung oblag den VS-Stellen, die meist ihre Aufgaben sehr ernst nehmende ehemalige Offiziere der bewaffneten Organe besetzten. Die Geheimhaltungswut machte auch eine Erhöhung der Produktion von Panzerschränken notwendig. Zwischen 1976 und 1982 steigerte der VEB Gothaer Metallwarenfabrik den Ausstoß sogenannter Stahlschränke von jährlich 100 auf 1020 Stück, angesichts der üblichen Engpässe auf dem Versorgungssektor eine beachtliche Leistung. Auch an der theoretischen und wissenschaftlichen Untermauerung sollte es nicht fehlen. Im Jahre 1977 wurde an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst ein „Institut für Geheimnisschutz“ gegründet, das mit 140 Lehrbeauftragten jährlich 21 000 Studenten in die Materie einführte. Mit der 80er Jahre versuchte die entstandene Situation wachsende praktische Schwierigkeiten. In vorauseilenden Gehorsam neigten die staatlichen Leiter nun dazu, nahezu das gesamte Schriftgut des Staatsapparates als geheim einzustufen, und die VS-Stellen konnten die eingehende Flut nicht mehr bewältigen. Unter den vielen „Geheimnisträgern“ machte sich Unwillen über ihre Benachteiligung breit. Während sich die zuständigen Stellen bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten seit 1988 gelegentlich erstaunlich großzügig zeigten, blieben sie hiervon ausgeschlossen und fühlten sich für ihre staatsreue Haltung bestraft.

Auch Stadtpläne und Landkarten in der DDR steckten voller Überraschungen. Sie teilten sich in drei Kategorien: erstens die im Handel erhältliche Verlagskartographie, zweitens die Ausgaben für die Volkswirtschaft und drittens die für das Militär. Die beiden letztgenannten unterlagen unterschiedlichen Stufen der Geheimhaltung. Erstere hatte aber man, um sie für militärische oder geheimdienstliche Zwecke unbaruchbar zu machen, künstlich verzerrt und mit zahlreichen falschen Entfernungsangaben versehen. Keine Karte verzeichnete die über das Land verteilten militärischen Objekte, und weiß eingefärbte Flächen sollten die Aufmerksamkeit des Feindes von diesen Punkten ablenken. Auf dem Stadtplan von Strausberg, östlich von Berlin, wo sich das Ministerium für Nationale Verteidigung und der Generalstab der Luftstreitkräfte befanden, deckten bspw. wie zufällig Nebenkarten die heiklen Terrains ab. Insbesondere der Verlauf der Staatsgrenze war ungenau, um potentielle Grenzverletzer in die Irre zu führen. Wanderfreunde behandelten wegen der Ungenauigkeit des Materials aus dem VEB-Tourist-Verlag Karten und Reiseführer aus der Zeit vor 1945 wie Wertgegenstände. Darüber hinaus hielt das MfS in Inhabere von Buchhandlungen und Zeitungskiosken im Grenzgebiet an, auf verdächtige Personen zu achten, die Wanderkarten kauften. Diese Vorsichtsmaßnahme umfaßte den gesamten Harz und den Thüringer Wald, aber auch die Ostseeküste. Das geheime Wissen bedeutete auch dann ein wirksames Herrschaftsinstrument, wenn das Geheimnis nur formal bestand, denn sein Besitz demonstrierte Überlegenheit und Macht.

Insbesondere das gedruckte Wort sah die SED-Führung als Gefahr an. Die an Dämonisierung grenzende Ehrfurcht vor der „schwarzen Kunst“ trug deutlich atavistische Züge, denn dem Einfluß des westlichen Rundfunks und Fernsehens stand sie vollkommen machtlos gegenüber. Hier wurden Veröffentlichungen bekannter Dissidenten besprochen oder sogar in Fortsetzung verlesen, wie bspw. Teile des „Archipel Gulag“ von Alexander Solschenizyn. Dieselben Bücher, die sich jedermann wenigstens ausschnittsweise in den Westsendern anhören konnte, behandelten die Behörden im eigenen Land wie toxisches Material. Das nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819 erlassene Pressegesetz des Deutschen Bundes galt nur für Druckerzeugnisse bis zu 20 Bogen. Alles was darüber lag, sollte von der Zensur unbehelligt bleiben. Von solcher Weisheit war die SED-Führung weit entfernt. Unermüdet spürten die Zensoren nach kritischen Andeutungen in schwer verständlichen schöngeistigen Werken oder unerlaubten Zwischentönen in dickleibigen wissenschaftlichen Bänden. Jede Druckschrift und selbst intern kursierende Papiere unterlagen einer vielfachen Kontrolle und Gegenkontrolle.

Kopiergeräte, die man in der DDR nicht kaufen konnte und deren Einfuhr streng verboten war, gab es zwar in den größeren öffentlichen Bibliotheken, aber die Leser durften sie nicht individuell nutzen. Sie mußten vielmehr die Bücher und Zeitschriften einem Mitarbeiter übergeben, dann ein Formular mit den gewünschten Seiten sowie Namen, Nummer der Lesekarte und Adresse ausfüllen und nach einer Frist von ein oder zwei Wochen die bestellten Ablichtungen abholen. Ausgenommen davon blieb selbstverständlich die sogenannte „Giftschrankliteratur“. Auch innerhalb der Betriebe herrschten strenge Vorschriften für den Gebrauch von Kopiergeräten, die in speziellen, nachts versiegelten Räumen standen. Für Computer galten ähnliche Bestimmungen. Als in der Oppositionsszene die ersten heimlich aus dem Westen beschafften Rechner auftauchten, geriet die Stasi in helle Aufregung. „.....

Quelle und Autor: Titel „Die heile Welt der Diktatur“ von Stefan Wolle, Buch: 423 Seiten, Bonn 1999 Schriftenreihe Band 349 bei bpb.de erhältlich, ISBN 978-3-89331-490-4 ; ISSN 0435-76047604

Link zum Buch

http://www.bpb.de/publikationen/08306124572487435215113173856865,0,0,Die_heile_Welt_der_Diktatur.html

<http://www.stiftung-aufarbeitung.de/hwdd/index.php>

<http://www.amazon.de/heile-Welt-Diktatur-Stefan-Wolle/dp/3548750672>

Der Autor: Stefan Wolle, Jahrgang 1950, Studium der Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin, 1972 Relegation von der Universität aus politischen Gründen, Arbeit in einem Produktionsbetrieb, 1976-89 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1984 Promotion, 1990 Sachverständiger für die MfS-Akten am Runden Tisch, Mitarbeiter des Komitees für die Auflösung des MfS und seit 3.Oktober 1990 Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, 1991-96 Assistent an der Humboldt-Universität, 1996-1998 Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) , seit 1998 Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Zusammengestellt bezüglich Informationen zur politischen Bildung und „Aufarbeitungszwecken“ von sed-opferhilfe.de; Auszug Seite 135-137 auszugsweise , 137 letzter Satz – 142 Abs.1